

Erscheint täglich außer Sonntags.
Regelmäßige Monatsgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro Monat
davon 87 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus im voraus
zahlung. Postbezug 2,27 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Kriegspreis: Die heutige Nummer kostet 80 Pf.
Kriegspreis 6 M. Grundgebühren nach Tarif. Postfachkonto:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag
behält sich das Recht der Abrechnung nicht gezogener Ausgaben vor.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verleger: Döbner (A 7) 202-207.

Justizskandal in Polen

Das Urteil gegen die Mißhandelten von Brest-Litowsk

Warschau, 13. Januar. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß gegen die Oppositionsführer und ehemaligen Gefangenen von Brest-Litowsk verkündete heute mittag das Gericht das mit Spannung erwartete Urteil. Alle Angeklagten, mit Ausnahme des Bauernführers Sawicki, wurden zu Gefängnisstrafen von 1½ bis 3 Jahren verurteilt. Sawicki wurde freigesprochen. Dr. Hermann Liebermann wurde zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil, das sich mit Blieschle durch die ganze Stadt verbreitete, hat ungeheure Aufregung hervorgerufen. Man findet es bezeichnend, daß es gerade am 13., den Pilsudski für seinen Glickstag hält, gefällt wurde. Die Angeklagten werden Berufung einlegen, doch ist vorauszusetzen, daß man den Berufungstermin so lange wie möglich hinauszuzögern versuchen wird.

Um die rechtswidrige Verhaftung und Verschleppung der Oppositionsführer nach den Militärbaracken von Brest-Litowsk vor der Kulturwelt zu rechtfertigen, mußte man diesen Prozeß einleiten. Man konnte doch nicht offen sagen, daß Männer wie Liebermann, Bragier, Barlicki, Witos und sie alle in die Folterkammern nur geworfen wurden, um sie von der Aufklärung der Wähler und von der Kontrolle der Wahlen fernzuhalten. So drehte man ihnen aus unbeanstandet erschienenen Zeitungsartikeln, aus einwandfreien Vorträgen im Ausland (der jetzt verurteilte sozialistische Abg. Dr. Ciołkosz hat einmal in Berlin für deutsch-polnische Aussöhnung gesprochen) und aus den polizeilich überwachten Verhandlungen des Krakauer Centrolew-Kongresses den Strick der staatsnotwendigen Hochverratsjustiz. Duzende Spiegel marschierten mit Befestigungsaussagen auf, deren Nichtswürdigkeit und Leere die bedeutendsten Verteidiger des Landes sofort im Gerichtssaal erwiesen. Alles vergeblich! Die Unabsehbarkeit der Richter ist in Polen längst aufgehoben; urteilen sie anders als man oben wünscht, so haben sie die Verletzung in schlechtere Stellungen zu gewärtigen, wenn nicht die Zwangspensionierung mit sehr niedrigen Bezügen erfolgt.

Unter den Verteidigern sind mehrere, die bereits polnische Revolutionäre vor dem zarischen Gericht verteidigt haben. Damals standen die Pilsudski und Konjunkten in den Reihen der Freiheitskämpfer. Heute hat man einen polnischen Jarismus statt des russischen aufgerichtet, und dieses Urteil bestätigt es vor aller Welt.

Die Berliner Stillhalteverhandlungen. Weitgehende Einigung der Parteien.

Die seit Wochen anhaltenden Stillhalte-Verhandlungen zwischen den deutschen und den ausländischen Bankiers haben, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, jetzt zu einer weitgehenden Verständigung geführt. Allerdings ist eine Anzahl strittiger Punkte noch nicht geklärt, so daß die Verhandlungen von einer nicht bevorstehenden Unterzeichnung des Abkommens den Tatsachen voraussehen. Bis zum endgültigen Abschluß dürften sich die Verhandlungen doch noch bis in die nächste Woche hinziehen.

Die deutschen Teilnehmer an dieser Konferenz, Dr. Feilcke von der Berliner Handels-Gesellschaft, Direktor Dr. Schlieper von der D. Bant und Geheimrat Kasch vom Reichsverband der Deutschen Industrie, haben inzwischen den erweiterten deutschen Stillhalteauschuß, dem neben den Berliner Banken und Bankiers auch auswärtige Vertreter aus dem Reich angehören, über den Stand der Verhandlungen informiert.

Auf deutscher Seite herrscht die Auffassung vor, daß das neue Stillhalteabkommen auf der Basis der bisherigen Verhandlungen eine Gefährdung des Devisenbestandes der Reichsbank weitgehend ausschließt.

Vom Zuge zerstückelt.

An der Vorortstrecke nach Königswusterhausen spielte sich gestern abend in unmittelbarer Nähe der Bahnhofsanlagen von Eichwalde ein graufiger Vorfall ab. Ein etwa 29 bis 30 Jahre alter Mann, dessen Personalien bisher von der Polizei noch nicht ermittelt werden konnten, warf sich vor die Räder eines herannahenden Vorortzuges. Der Lebensmüde wurde völlig zerstückelt. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Brand bei Carrasani

13 Elefanten umgekommen / Verdacht der Brandstiftung

Brüssel, 13. Januar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr morgens entstand in dem Zirkus Sarrasani, der bereits seit mehreren Wochen in Antwerpen ein Gastspiel abgibt, ein Großfeuer. Das Feuer, das in einem Raum, der die Garderobe und die Kostüme für das Personal enthielt, entstand, griff in kurzer Zeit auch auf andere Räume über. Der Elefantenstall wurde am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Nicht weniger als 12 Elefanten, die nicht schnell genug von den eisernen Ketten befreit werden konnten, verbrannten. Die anderen, die aus dem brennenden Stall entfliehen wollten, wurden von der Polizei beschossen. Auf diese Weise wurde ein Elefant getötet, so daß der Gesamtverlust sich auf 13 beziffert. Zwei Elefanten gerieten in einen Festungsgraben und wurden dort beim Morgengrauen herausgeholt.

Die Feuerwehr traf erst einige Zeit nach dem Wurm zur Hilfeleistung ein. Auch Militär beteiligte sich an den Löscharbeiten. Man vermutet, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist, zumal der Zirkusleitung in den letzten Tagen zahlreiche Drohbriefe zugegangen sind.

Nach einer anderen Meldung sind die 12 Elefanten nicht verbrannt, sondern durch Brandwunden verletzt. Der Brandschaden wird auf 4 Millionen Franken geschätzt. Der Raubtierkäfig, der Pferdestall, in dem sich 200 Tiere befinden, und die übrigen Einrichtungen des Zirkusses blieben vom Feuer verschont.

Der Zirkus Sarrasani, dessen Stammhaus sich bekanntlich in Dresden befindet, hatte in der letzten Zeit mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das große Reiseunternehmen fand in den deutschen Städten nicht mehr den Boden, den es zu seiner kostspieligen Erhaltung brauchte. Es war genötigt, das Ausland aufzusuchen und fand zunächst in Holland eine günstige Aufnahme. Als aber in dem kleinen Lande das Feld abgegrast war, mußte nach neuen Möglichkeiten Ausschau gehalten werden. Unter großen Schwierigkeiten gelang es, die Einreisegenehmigung nach Antwerpen zu erhalten, die dann dem Zirkus durch eine offenbar nicht geklärtete Verkettung unglücklicher Umstände zum Verhängnis werden sollte.

Hakenkreuz gegen Hindenburg

Ein nationalsozialistischer Bericht über die Verhandlungen

In einer nationalsozialistischen Versammlung, die am Dienstagabend in Rempen stattfand, gab Minister a. D. Fick die Antwort auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustandekommen werde. Die Antwort sei ein glattes Nein!

Dr. Fick führte aus: Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichskanzler Brüning zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

München, 13. Januar.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. veröffentlichte eine eingehende Schilderung der Berliner Besprechungen. Aus dieser parteiamtlichen Darstellung geht hervor, daß Hitler schon in der Aussprache mit Brüning am Mittwoch, dem 6. Januar, abends bemerkt hat, daß nach seiner Auffassung gegen den Plan einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sehr schwere verfassungsrechtliche und politische Bedenken beständen. Sofort nach dieser ersten Unterredung hatte Hitler eine Besprechung mit den „Herren seines engeren Stabes“ und teilte ihnen seine Auffassung mit, daß aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen der Vorschlag des Reichskanzlers abgelehnt werden müsse, daß aber der Reichspräsident selber unter keinen Umständen dadurch bloßgestellt werden dürfe. Hitler verpflichtete die Anwesenden zu strengster Verschwiegenheit und gab eine entsprechende Anweisung an die nationalsozialistische Parteipresse heraus. Am Dienstag, dem 7. Januar, vormittags,

verfaßte Hitler die erste Denkschrift

zur Ablehnung des Vorschlages des Reichskanzlers als Grundlage einer einheitlichen Information der Herren, die zur sofortigen Besprechung zu ihm gebeten waren. Um 16 Uhr fand die Zusammenkunft im Reichswehrministerium mit dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister statt. Der Reichskanzler versuchte die Notwendigkeit der beabsichtigten parlamentarischen Aktion mit außenpolitischen Argumenten zu begründen. Hitler wiederholte in verstärkter Weise seine Bedenken und wies auch darauf hin, daß zu seinem Bedauern die im Interesse des Reichspräsidenten

denken diskret zu behandelnde Angelegenheit bereits den Weg in die Presse gefunden habe, die nimmere durch die taktlose Art ihrer Stellungnahme die Frage außerordentlich erschwere. Im übrigen erklärte Hitler, daß er nicht gewillt sei, eine Entscheidung bekanntzugeben, ehe er nicht eine Besprechung mit Hugenberg gehabt habe. Nachdem am Freitag vormittag Dr. Fick in Berlin eingetroffen war, sah Hitler in einer Besprechung, zu der außer dem engeren Stabe Fick und Goebbels zugezogen waren, seine Auffassung nochmals dahin zusammen, daß die durch Brüning vorgeschlagene parlamentarische Aktion nach jeder Richtung hin unmöglich und daher abzulehnen sei, daß aber unter gar keinen Umständen durch die Art der Erledigung dieser Aktion das persönliche Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg verletzt werden dürfe. Am Sonnabend gegen 12 Uhr fand die abermalige Aussprache mit dem Reichskanzler Brüning in Anwesenheit der Minister Dr. Fick und Treviranus statt. Auch diese Besprechung ergab nichts Neues.

Am Nachmittag fand die Aussprache Hitlers mit Hugenberg statt. Adolf Hitler teilte ihm mit, daß er nach reiflicher Überlegung nicht anders als ablehnen könne. Hugenberg bekannte sich im wesentlichen zur gleichen Auffassung. Am Sonntag suchte Staatssekretär Reichner Hitler in seinem Hotel auf. Hitler bedauerte insbesondere die offenbar durch Indiscretion der Reichskanzlei entfachte Pressekampagne, die Hindenburg in den Strudel des parteipolitischen Betriebes hineingetrieben habe. Hitler versuchte, einen Weg zu finden, der ohne Schädigung des Ansehens der Person des Reichspräsidenten und unter Berücksichtigung der Interessen der nationalsozialistischen Bewegung aus der durch den Reichskanzler herbeigeführten Lage herauszuführen könnte. Staatssekretär Reichner betonte vor allem die Notwendigkeit, den für die Aktion in keiner Weise verantwortlichen Reichspräsidenten dem parteipolitischen Pressekampf zu entziehen. Hitler schlug am Sonntagnachmittag durch Hauptmann Göring vor,

dem Reichspräsidenten eine Denkschrift

zu überreichen, aus der die Berechtigung seiner verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Vorschlag des Reichskanzlers hervorgehe. Der Reichspräsident könne dann von sich aus, falls die vorgebrachten Gründe ihm beachtlich erscheinen, dem Reichskanzler den Wunsch übermitteln, den eingeschlagenen Weg nicht weiter zu verfolgen. Am Montag wurde dann die Denkschrift von Adolf Hitler fertiggestellt. Eine neue Unterredung mit Hugenberg ergab, daß der Führer der

